

Die afghanische Regierung unter Präsident Hamid Karsai hat eine nationale Friedensversammlung nach Kabul einberufen. Vom kommenden Samstag an werden für drei Tage mehr als 1200 Abgesandte aus allen Landesteilen erwartet, die über die Einbindung von Aufständischen in den Friedensprozess beraten sollen – und damit über eine Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges. Die Versammlung soll der Auftakt eines nationalen Friedens- und Versöhnungsprozesses sein.

Diese Gespräche könnten in eine Loya Dschirga münden, eine Versammlung, die auf Basis der Verfassung nationale Entscheidungen trifft. Mehr als ein Dutzend Mal in der afghanischen Geschichte fielen solche Versammlungen zentrale Entscheidungen: Mitte des 18. Jahrhunderts wurde auf Grundlage einer Loya Dschirga der afghanische Staat errichtet, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs über die afghanische Neutralität entschieden – und 2003 setzte eine solche die Verfassung ein. Letztlich genießt diese Institution größere Legitimität als die erst jüngst eingeführten Wahlen.

Mit der Friedensversammlung sucht der mehr schlecht als recht gewählte Karsai Unterstützung und Legitimation für seine zweite Amtszeit. Vor allem ergreift er die Initiative, den Friedensprozess tatsächlich in afghanische Verantwortung zu überführen und weder den USA noch

Außenansicht

Jetzt reden mal nur die Afghanen

Präsident Karsai lädt am Samstag zur Friedensversammlung – das wurde immer von ihm verlangt und ist doch vielen suspekt

Von Almut Wieland-Karimi

den Nachbarstaaten das Feld zu überlassen. Er macht sich von der internationalen Gemeinschaft ein wenig unabhängiger. Diese Emanzipation braucht er genauso wie deren Truppen und Hilfgelder. Er muss eine gute Balance zwischen inländischer und internationaler Unterstützung halten.

Dieser Schritt in Richtung Eigenverantwortung wird zwar seit der Londoner Afghanistan-Konferenz Anfang des Jahres beständig eingefordert, trotzdem von internationalen Akteuren argwöhnisch beäugt. So ganz traut wohl niemand dem Frieden der Versammlung. So musste auch der Termin verschoben werden, denn Karsai reiste erst nach Washington. Die offizielle Erklärung, er könne so der Versammlung darüber Bericht erstatten, klingt für viele Afghanen wenig glaub-

haft. Sie fürchten eher, dass sich die USA schon wieder einmischen, nach der Devise: Afghanistan soll selbständig werden, ja bitte, aber unter beständiger Aufsicht und amerikanischer Anleitung.

Dabei gibt es keine Alternative dazu, die Afghanen selbst entscheiden zu lassen, wer ihr Land regieren und wie mit den Aufständischen umgegangen werden soll. Es bedarf jedoch politischer Teilhabe sowie der Prozesse der Meinungsbildung, um herauszufinden, wer das Sagen haben sollte und welche Kompromisse zu schließen sind. Lehre Nummer eins: Konflikte sind nur politisch zu lösen. Diesen Prozessen, die Zeit brauchen, hat die internationale Gemeinschaft zugunsten schneller, sichtbarer und vorzeigbarer Ergebnisse zu wenig Zeit eingeräumt. Beispielsweise sitzen an vielen verant-

wortlichen Stellen in Regierung und Parlament Kriegsfürsten, denen weiterhin Milizen unterstehen, obwohl diese hätten entwapfnet werden müssen.

Lehre Nummer zwei: Wir brauchen Geduld. Was Karsai und seine internationalen Partner den Aufständischen anzubieten haben: Beteiligung an der Macht, Exil für einige wenige, Streichung von der UN-Sanktions- und der US-Terroristenliste, gesellschaftliche Reintegration für deren Milizen. Was diese im Gegenzug leisten müssten: Anerkennung der Verfassung, Niederlegung der Waffen und Abbruch der Beziehungen zu al-Qaida und anderen Terrorgruppen. Was die Taliban und die anderen Aufständischen zu gewinnen hätten: Die Führerschaft verlore an Macht (obschon der eine oder andere einen Posten ergattern könnte) sowie an finanzieller und politischer Unterstützung aus islamistisch-gewaltbereiten Quellen in anderen Ländern.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht: Sollten wir mit den Taliban verhandeln? Sondern: Warum sollten die Chefs der Aufständischen mit uns verhandeln? Sie kämpfen zurzeit erfolgreich und wollen auch keineswegs von 2011 an die Region verlassen. Die Antwort auf diese Frage kennen wohl auch die islamistischen Entscheider und ihre Unterstützer noch nicht. Sie werden sie davon abhängig machen, wie Kompromisse konkret aussehen könnten und wie

sich die Machtverhältnisse mittelfristig zugunsten ihrer Überzeugungen verschieben könnten.

Ein Teil der einfachen Kämpfer hingegen steht nur aus Mangel an Alternativen auf Seite der Aufständischen, und nicht aus Überzeugung. Sie sind frustriert, weil die internationale Gemeinschaft ihre Versprechen – insbesondere Wiederaufbau und Sicherheit – nicht eingehalten hat. Diese Mitläufer könnten durch eine Verhandlungslösung viel gewinnen, wenn sie eine friedliche Perspektive und Jobs in einem zivilen Leben erhielten. Voraussetzung ist, dass die auf den internationalen Afghanistan-Konferenzen beschlossenen Aufbauprojekte auch wirklich umgesetzt werden. 70 Prozent der Afghanen sind jünger als 25 Jahre, und sie träumen von Ausbildung, Zugang zum Internet und vor allem einem



Almut Wieland-Karimi leitet das Zentrum für internationale Friedenssätze, das fürs Auswärtige Amt ziviles Personal trainiert. Bis 2005 war sie BÜroleiterin der Ebert-Stiftung in Kabul. Foto: oh

Ende des Krieges. Diese Ziele sind aus ihrer Sicht viel eher mit der Regierung und der internationalen Gemeinschaft als mit den Extremisten zu erreichen.

Die Friedensversammlung könnte daher den Versöhnungsprozess entscheidend weiterbringen und einen Prozess in Gang setzen, der einen Beginn des Truppenabzugs im Sommer 2011 realistisch werden ließe. Die Aufständischen leben von der Unterstützung in der Bevölkerung, aus der sie ihre Kämpfer rekrutieren. Stellen sich afghanische Stammesälteste, Bürgermeister, Mullahs, Lehrer, Journalisten und Mütter extremistischer Rekruten eindeutig auf die Seite des Friedensprozesses, würde diese Unterstützung bröckeln. Dazu müsste die Karsai-Regierung den Versöhnungsprozess auf Dorf-, Distrikt- und Provinzebene fortführen und Erfolge vorweisen: weniger Tote unter den Zivilisten, mehr Jobs für die jungen Männer.

Allerdings gibt es Kräfte in der Region, allen voran in Pakistan, die eingebunden werden müssen, damit sie nicht jede Versöhnung unterminieren. Sie denken vor allem daran, wie sie sich Macht und Einfluss nach dem Abzug der Nato-Truppen in Afghanistan sichern können. Insofern täte die internationale Gemeinschaft gut daran, die afghanische Initiative und Eigenverantwortung zu unterstützen, um zur Beendigung der Gewalt am Hindukusch beizutragen.

Die afghanische Regierung unter Präsident Hamid Karsai hat eine nationale Friedensversammlung nach Kabul einberufen. Vom kommenden Samstag an werden für drei Tage mehr als 1200 Abgesandte aus allen Landesteilen erwartet, die über die Einbindung von Aufständischen in den Friedensprozess beraten sollen – und damit über eine Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges. Die Versammlung soll der Auftakt eines nationalen Friedens- und Versöhnungsprozesses sein.

Diese Gespräche könnten in eine Loya Dschirga münden, eine Versammlung, die auf Basis der Verfassung nationale Entscheidungen trifft. Mehr als ein Dutzend Mal in der afghanischen Geschichte füllten solche Versammlungen zentrale Entscheidungen: Mitte des 18. Jahrhunderts wurde auf Grundlage einer Loya Dschirga der afghanische Staat errichtet, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs über die afghanische Neutralität entschieden – und 2003 setzte eine solche die Verfassung ein. Letztlich genießt diese Institution größere Legitimität als die erst jüngst eingeführten Wahlen.

Mit der Friedensversammlung sucht der mehr schlecht als recht gewählte Karsai Unterstützung und Legitimation für seine zweite Amtszeit. Vor allem ergreift er die Initiative, den Friedensprozess tatsächlich in afghanische Verantwortung zu überführen und weder den USA noch

Außenansicht

Jetzt reden mal nur die Afghanen

Präsident Karsai lädt am Samstag zur Friedensversammlung – das wurde immer von ihm verlangt und ist doch vielen suspekt

Von Almut Wieland-Karimi

den Nachbarstaaten das Feld zu überlassen. Er macht sich von der internationalen Gemeinschaft ein wenig unabhängiger. Diese Emanzipation braucht er genauso wie deren Truppen und Hilfsgelder. Er muss eine gute Balance zwischen inländischer und internationaler Unterstützung halten.

Dieser Schritt in Richtung Eigenverantwortung wird zwar seit der Londoner Afghanistan-Konferenz Anfang des Jahres beständig eingefordert, trotzdem von internationalen Akteuren argwöhnisch beäugt. So ganz traut wohl niemand dem Frieden der Versammlung. So musste auch der Termin verschoben werden, denn Karsai reiste erst nach Washington. Die offizielle Erklärung, er könne so der Versammlung darüber Bericht erstatten, klingt für viele Afghanen wenig glaub-

haft. Sie fürchten eher, dass sich die USA schon wieder einmischen, nach der Devise: Afghanistan soll selbständig werden, ja bitte, aber unter beständiger Aufsicht und amerikanischer Anleitung.

Dabei gibt es keine Alternative dazu, die Afghanen selbst entscheiden zu lassen, wer ihr Land regieren und wie mit den Aufständischen umgegangen werden soll. Es bedarf jedoch politischer Teilhabe sowie der Prozesse der Meinungsbildung, um herauszufinden, wer das Sagen haben sollte und welche Kompromisse zu schließen sind. Lehre Nummer eins: Konflikte sind nur politisch zu lösen. Diesen Prozessen, die Zeit brauchen, hat die internationale Gemeinschaft zugunsten schneller, sichtbarer und vorzeigbarer Ergebnisse zu wenig Zeit eingeräumt. Beispielsweise sitzen an vielen verant-

wortlichen Stellen in Regierung und Parlament Kriegsfürsten, denen weiterhin Milizen unterstehen, obwohl diese hätten entwapnet werden müssen.

Lehre Nummer zwei: Wir brauchen Geld. Was Karsai und seine internationalen Partner den Aufständischen anzubieten haben: Beteiligung an der Macht, Exil für einige wenige, Streichung von der UN-Sanktions- und der US-Terroristenliste, gesellschaftliche Reintegration für deren Milizen. Was diese im Gegenzug leisten müssten: Anerkennung der Verfassung, Niederlegung der Waffen und Abbruch der Beziehungen zu al-Qaida und anderen Terrorgruppen. Was die Taliban und die anderen Aufständischen zu gewinnen hätten: Die Führerschaft verlore an Macht (obschon der eine oder andere einen Posten ergattern könnte) sowie an finanzieller und politischer Unterstützung aus islamistisch-gewaltbereiten Quellen in anderen Ländern.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht: Sollten wir mit den Taliban verhandeln? Sondern: Warum sollten die Chefs der Aufständischen mit uns verhandeln? Sie kämpfen zurzeit erfolgreich und wollen auch keineswegs von 2011 an die Region verlassen. Die Antwort auf diese Frage kennen wohl auch die islamistischen Entscheider und ihre Unterstützer noch nicht. Sie werden sie davon abhängig machen, wie Kompromisse konkret aussehen könnten und wie

sich die Machtverhältnisse mittelfristig zugunsten ihrer Überzeugungen verschieben könnten.

Ein Teil der einfachen Kämpfer hingegen steht nur aus Mangel an Alternativen auf Seite der Aufständischen, und nicht aus Überzeugung. Sie sind frustriert, weil die internationale Gemeinschaft ihre Versprechen – insbesondere Wiederaufbau und Sicherheit – nicht eingehalten hat. Diese Mitläufer könnten durch eine Verhandlungslösung viel gewinnen, wenn sie eine friedliche Perspektive und Jobs in einem zivilen Leben erhielten. Voraussetzung ist, dass die auf den internationalen Afghanistan-Konferenzen beschlossenen Aufbauprojekte auch wirklich umgesetzt werden. 70 Prozent der Afghanen sind jünger als 25 Jahre, und sie träumen von Ausbildung, Zugang zum Internet und vor allem einem



Almut Wieland-Karimi leitet das Zentrum für internationale Friedens-einsätze, das fürs Auswärtige Amt ziviles Personal trainiert. Bis 2005 war sie BÜroleiterin der Ebert-Stiftung in Kabul. Foto: oh

Ende des Krieges. Diese Ziele sind aus ihrer Sicht viel eher mit der Regierung und der internationalen Gemeinschaft als mit den Extremisten zu erreichen.

Die Friedensversammlung könnte daher den Versöhnungsprozess entscheidend weiterbringen und einen Prozess in Gang setzen, der einen Beginn des Truppenabzugs im Sommer 2011 realistisch werden ließe. Die Aufständischen leben von der Unterstützung in der Bevölkerung, aus der sie ihre Kämpfer rekrutieren. Stellen sich afghanische Stammesälteste, Bürgermeister, Mullahs, Lehrer, Journalisten und Mütter extremistischer Rekruten eindeutig auf die Seite des Friedensprozesses, würde diese Unterstützung bröckeln. Dazu müsste die Karsai-Regierung den Versöhnungsprozess auf Dorf-, Distrikt- und Provinzebene fortführen und Erfolge vorweisen: weniger Tote unter den Zivilisten, mehr Jobs für die jungen Männer.

Allerdings gibt es Kräfte in der Region, allen voran in Pakistan, die eingebunden werden müssen, damit sie nicht jede Versöhnung unterminieren. Sie denken vor allem daran, wie sie sich Macht und Einfluss nach dem Abzug der Nato-Truppen in Afghanistan sichern können. Insofern täte die internationale Gemeinschaft gut daran, die afghanische Initiative und Eigenverantwortung zu unterstützen, um zur Beendigung der Gewalt am Hindukusch beizutragen.